

„Gemeinsame Interessen“

Oleh Zarjow ist einer der Anführer der Unabhängigkeitsbewegung im pro-russischen Südosten der Ukraine. Im Gespräch mit **ZUERST!** spricht er über den Maidan, die Ziele der sogenannten „Separatisten“ und die Perspektiven einer europäisch-russischen Allianz



Foto: Privat

Oleh Zarjow, geboren 1970 in Dnipropetrowsk, gehört zu den politischen Anführern der Unabhängigkeitsbewegung im Osten und Süden der Ukraine. Seit 2002 war er Abgeordneter im ukrainischen Parlament und stellvertretender Vorsitzender der „Partei der Regionen“, der auch der im Februar 2014 gestürzte Präsident Viktor Janukowitsch angehörte. Während der Krise in der Ukraine forderte Zarjow eine Änderung der ukrainischen Verfassung in Richtung eines föderalen Systems und mit weitreichender Autonomie für die Landesteile der Ukraine. Im April 2014 wurde er aus seiner Partei ausgeschlossen. Am 14. April 2014 wurde Zarjow in Kiew nach einer TV-Sendung überfallen. Seine Präsidentschaftskandidatur für die Wahlen am 25. Mai zog er Ende April 2014 zurück.

Herr Zarjow, die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 25. Mai wurden in den östlichen und südlichen Teilen des Landes boykottiert, die Wahlbeteiligung war dort außerordentlich gering. Das Land ist tief gespalten. Warum weigerte sich die Ost-Ukraine, sich an den Präsidentschaftswahlen zu beteiligen?

Zarjow: Am 11. Mai fand im Osten bereits das Referendum über die staatliche Unabhängigkeit des Donbass statt. Über 90 Prozent der Wahlberechtigten haben sich für eine Loslösung von Kiew ausgesprochen. Das ist sehr beeindruckend! Es ist also kein Wunder, daß das Interesse an einer Beteiligung an der Kiewer Präsidentschaftswahl äußerst gering war.

Die Kiewer Regierung, westliche Journalisten und Politiker behaupten, die Wahlbeteiligung im Osten des Landes sei trotz des Referendums erstaunlich hoch gewesen. In Lugansk beispielsweise habe sie sogar bei knapp 40 Prozent gelegen...

Zarjow: Vieles ist völlig unklar bei dieser Wahl. Uns werden immer wieder irgendwelche Zahlen aus dem Donbass genannt, die nicht stimmen können.

Wie meinen Sie das?

Zarjow: Es kommen beispielsweise Meldungen über Stimmabgaben aus Wahlbezirken, von denen wir genau wissen, daß sie gar nicht gearbeitet haben. Das ist schon eigenartig. Wenn auch im Rest des Landes so gewählt wurde wie in Donezk und Lugansk, dann war das keine Wahl, sondern eine Massenfälschung. Beispielsweise seien ganze Einheiten der Nationalgarde gezwungen worden, sich als Zivilisten zu verkleiden und an der Wahl im Osten teilzunehmen, wurde uns berichtet. Es gibt also viele Gründe, die behauptete Wahlbeteiligung in Donezk und Lugansk anzuzweifeln. Selbst wenn wir annehmen, daß alle Wahllokale im Osten und Süden normal gearbeitet

hätten, hätte die Wahlbeteiligung nicht mehr als zehn Prozent betragen können, denn immerhin haben ja 90 Prozent der Menschen dort beim Referendum vom 11. Mai für eine Abspaltung von der Ukraine gestimmt. In Wirklichkeit waren in den fraglichen Bezirken aber gerademal etwa zehn Prozent der Wahllokale in Betrieb.

Das Referendum vom 11. Mai ist aber auch nicht unumstritten. Kiew und der Westen werfen den Verantwortlichen im Osten des Landes massive Wahlfälschungen vor. Die zentrale These Kiews und des Westens: Die Menschen in der Ost-Ukraine wollen gar keine Unabhängigkeit...

Zarjow: Sie hätten am 11. Mai hier sein müssen! Sie hätten die endlosen Schlangen vor den Wahllokalen sehen müssen, und Sie hätten die allgemeine Stimmung an diesem Tag mitbekommen müssen. Dann wären nämlich keine Fragen mehr offen. Die Menschen gingen zum Referendum wie zu einem großen Fest. Viele Bürger hatten Tränen der Rührung in den Augen. Sie waren dankbar dafür, daß ihnen endlich ein solches Referendum ermöglicht wurde. Dieses Recht wurde blutig erkämpft, viele Bürger haben dafür mit ihrem Leben bezahlt – in Odessa, Charkow, Dnipropetrowsk, Donezk und Lugansk.

Im Osten der Ukraine haben sich die „Volksrepubliken Donezk und Lugansk“ gegründet, man spricht mittlerweile von „Neurufland“. Was sind die Ziele der Unabhängigkeitsbewegung? Geht es um eine lose Konföderation innerhalb der Ukraine oder um vollständige staatliche Unabhängigkeit?

Zarjow: Sehen Sie, wir haben uns wirklich lange genug mit konstruktiven Vorschlägen und Bitten an die heutige Regierung in Kiew gewendet. Wir haben darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Verfassung zu ändern, damit die Ukraine ein föderaler Staat mit zwei gleichrangigen Amtssprachen – Ukrainisch und Russisch – wird. Wir waren selbstverständlich bereit, alle paramilitärischen Einheiten zu entwaffnen, auch der „Rechte Sektor“, die Nationalgarde und andere Spezialeinheiten Kiews wiederum hätten entwaffnet werden müssen. Danach hätten wir gemeinsame Wahlen abhalten können. Doch die Regierung in Kiew wollte nicht mit uns sprechen. Stattdessen schickte sie Truppen zu uns und hat mit ihrer „Bestrafungsaktion“ begonnen. Auch das widerspricht der ukrainischen Verfassung, doch niemand redet darüber.

Inwiefern?

Zarjow: Laut Kiewer Verfassung darf das Heer gar nicht innerhalb des Landes eingesetzt werden. Das geht nur, wenn offiziell der Notstand erklärt wird. Wird aber dieser Notstand erklärt, dürfen keine Wahlen – also auch keine Präsidentschaftswahlen – abgehalten werden. Man darf nicht gleichzeitig schießen und wählen. Aber Kiew schickte immer weiter Truppen zu uns. Die Menschen starben weiter. Das Referendum vom 11. Mai war daher für uns eine Notwendigkeit, um ein starkes Zeichen zu setzen.

Das Referendum wurde zwar abgehalten, aber was kommt jetzt?

Zarjow: Wir haben viele ernsthafte Probleme zu bewältigen. Es geht jetzt darum, das Ergebnis des Referendums zu bewahren und mit Leben zu füllen. Aber das ist nicht leicht. Unser Land befindet sich faktisch im Krieg. Wir müssen in dieser schwierigen Situation unseren Staat aufbauen, um das Vertrauen des Volkes nicht zu enttäuschen. Die Erwartungen an uns sind sehr hoch.

Verbarriadiertes Verwaltungsgebäude im ost-ukrainischen Slawjansk: „Wir haben lange genug konstruktive Vorschläge gemacht.“

Es gibt aber auch in den Gebieten, die sich für unabhängig erklärt haben, Kräfte, die dagegen steuern...

Zarjow: Das ist ein zusätzliches Problem. Es gibt hier sehr starke und mächtige industrielle Gruppen und den Finanzsektor, die dagegen sind. Und die haben mit dem wirklichen Kampf noch gar nicht angefangen.

„Von uns sitzen derzeit etwa 400 Aktivisten im Gefängnis – ohne Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren.“

Warum nicht?

Zarjow: Weil sie zunächst geglaubt hatten, daß ihnen das Spiel mit der Unabhängigkeit in die Hände spielen und Vorteile bringen würde. Doch jetzt ist ihnen bewußt geworden, daß die Menschen hier das nicht akzeptieren würden. Es wird deshalb noch viele Probleme geben. Wir werden Sabotage und Bestechung erleben. Auch kriminelle Banden werden noch aktiver werden. Da müssen wir aber durch. Niemand hat behauptet, daß es einfach sein wird, einen neuen Staat aufzubauen.

Ein beliebtes Argument gegen die Unabhängigkeitsbewegung ist, daß diese faktisch nur in einigen Städten wie Donezk oder Lugansk existiere, die anderen Regionen sich aber völlig passiv verhielten. Stimmt das?

Zarjow: Das ist so nicht richtig. In den anderen Regionen wurde die Unabhängigkeitsbewegung einfach sehr harten Säuberungsaktionen unterzogen. Von uns sitzen derzeit etwa 400 Aktivisten im Gefängnis – ohne Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren. Das ist – nebenbei bemerkt – doch sehr uneuropäisch, oder?

Herr Zarjow, Sie selber kennen Kiew und die dortige Politik sehr gut. Sie galten immer als moderater, seriöser Politiker – nicht als jemand, der radikale Lösungen anstrebt. Viele Beobachter zeigten sich daher verwundert darüber, daß Sie dieses Referendum unterstützten...

Zarjow: Wie ich bereits sagte: Wir haben lange genug konstruktive Vorschläge gemacht. Aber am Ende sahen wir uns zu einem solchen Schritt regelrecht gezwungen. Ich verstehe, daß dies ein sehr schmerzhafter Schritt war. Für mich als Politiker bedeutete Revolution immer auch Rückschritt. Doch manchmal hat man eben keine andere Wahl.



Foto: Sergey Belous



Nach einem Angriff durch die ukrainische Armee: „Bei uns herrscht Krieg.“

Es wäre wesentlich einfacher und unblutiger gewesen, wenn wir die Krise mit Verhandlungen und einer guten Übereinkunft gelöst hätten. Für die Ukraine wäre ein solcher Weg sehr vorteilhaft gewesen.

Warum hat man sich in Kiew einem konstruktiven Weg verschlossen?

Zarjow: Es sieht so aus, als ob man dort einen Krieg braucht und unbedingt möchte. Diejenigen, die den Maidan organisiert haben, wollten ein Kriegsszenario. Und den Maidan haben die Staaten der Europäischen Union mitorganisiert – und die USA. Anscheinend geht es darum, Europa und Rußland auseinanderzutreiben. Wir spielen dabei die Rolle der „Scheidemünze“. Unsere Familien, die Bürger der Ukraine sind Opfer dieser geopolitischen Bestrebungen geworden.

Sie erwähnen den Einfluß der EU und der USA beim sogenannten „EuroMaidan“...

Zarjow: Man kann die tragischen Ereignisse in der Ukraine kaum erklären, wenn man den „Faktor Ausland“ nicht berücksichtigt. Der Maidan und die Unruhen sind ohne den ausländischen Einfluß nicht denkbar.

Aber war die Unzufriedenheit mit Präsident Viktor Janukowitsch nicht offensichtlich?

Zarjow: Natürlich. Anfang 2015 wären die nächsten regulären Präsidentschaftswahlen gewesen. Mit Janukowitsch war übrigens weder der Westen noch der Osten des Landes zufrieden. Man hätte

also einfach einen neuen Präsidenten gewählt. Stattdessen aber wurden die Menschen zu einer Revolution angestiftet, die das ganze Land ins Chaos stürzte. Es starben bereits damals Menschen. Diese Eskalation wäre ohne die westliche Einflußnahme nicht möglich gewesen.

„Es blieb einfach keine andere Möglichkeit außer der Loslösung von der Ukraine.“

Gibt es für diese Behauptung Beweise oder vermuten Sie das nur?

Zarjow: Die ukrainischen Geheimdienste, die damals noch Janukowitsch unterstellt waren, haben die Aktivitäten der ausländischen Botschaften in Kiew sehr genau beobachtet. Die Botschafter der USA und verschiedener EU-Staaten hat man sogar auf der Straße in den Reihen der Maidan-Aktivisten gesehen. Diese Leute haben jeden Beschluß der Regierung und jede Abstimmung im Parlament öffentlich kommentiert. Sie haben dem Präsidenten dauernd gesagt, was er machen oder unterlassen sollte. Jeden Tag hielten die westlichen Botschafter und Diplomaten große Pressekonferenzen ab. Sie gaben den damaligen Oppositionsführern direkte Anweisungen. Hier war ein ganzes Team an westlichen Polittechnokraten tätig. Alle Experten für sogenannte „Farb-Revolutionen“ waren in Kiew versammelt und instruierten öffentlich die Oppositionsbewegung. Vor allem in der US-Bot-

schaft wurden Schulungen für ukrainische Aktivisten veranstaltet.

Was wird in solchen „Schulungen“ gelehrt?

Zarjow: Nehmen wir nur einmal die Nichtregierungsorganisation „TechCamp“ genauer unter die Lupe. Mitarbeiter des Außenministeriums der USA üben dort einen direkten Einfluß aus, die Gelder kommen von dort. Das TechCamp schult Aktivisten darin, wie man soziale Netzwerke im Internet dazu nutzt, um Revolutionen vorzubereiten und durchzuführen. Soweit mir bekannt ist, war es das erklärte Ziel, Janukowitsch durch die Maidan-Proteste noch vor Neujahr 2014 zu stürzen. *Das ist aber nicht gelungen...*

Zarjow: Richtig. Das Team hat grandios versagt.

Warum?

Zarjow: (lacht) Weil die Strategie des sogenannten „gewaltfreien Protestes“ des US-Amerikaners Gene Sharp nicht aufging – Janukowitsch war bis dahin nämlich noch gewaltfreier. Also mußte man das zuständige Team auswechseln.

Was war die Folge?

Zarjow: Das wissen Sie doch! Schnell gab es Tote auf dem Maidan, die ersten Scharfschützen eröffneten das Feuer. Es kam zum bewaffneten Umsturz. Die Folgen sind bekannt.

Eine der direkten Folgen des Maidan-Umsturzes war die Abspaltung der Krim...

Zarjow: Dort war man geschockt über die Ereignisse in Kiew. Auf der Krim strebte man eine Konföderation innerhalb der Ukraine an. Die Verantwortlichen in Simferopol wollten verhandeln. Man wollte dort einfach nur mehr Autonomie, mehr Selbständigkeit. Die ukrainische Grenze wäre unverändert geblieben, die ukrainischen Symbole und Fahnen wären nicht beseitigt worden. Aber anstatt zu verhandeln, lehnten das die neuen Machthaber in Kiew kategorisch ab. Man hat sogar ein Strafverfahren gegen das Parlament der Krim eingeleitet. Die Folge war das Krim-Referendum vom 16. März dieses Jahres. Es blieb einfach keine andere Möglichkeit mehr außer der Loslösung von der Ukraine.

In der gleichen Situation sehen Sie sich nun im Osten und Süden?

Zarjow: Absolut. Wie Sie sehen können, waren wir sogar viel länger verhandlungsbereit als auf der Krim. Im Falle einer Übereinkunft hätten wir alle paramilitärischen Einheiten entwaffnet. Sehen Sie, ich führe keine Militärs an, ich bin Politiker. Ich spreche und verhandle wirklich mit allen. Ich wäre in der Lage gewesen, für die Einhaltung aller Ver-

einbarungen garantieren zu können. Es gibt keine logische Erklärung dafür, warum man sich in Kiew gegen jede Form der unblutigen Lösung gesträubt hat. Wir hätten den Konflikt friedlich lösen können. Die starre Haltung der Kiewer Regierung kann man nur mit der ausländischen Einflußnahme erklären.

Mit welchem Ziel?

Zarjow: In der Ukraine sollte ein Krieg entfacht werden, in den Rußland hineingezogen wird. Das ist das Szenario.

Und geht dieses Szenario Ihrer Ansicht nach auf?

Zarjow: Bislang nur teilweise. Der Krieg ist zwar da, aber Rußland wurde nicht wirklich hineingezogen. Moskau beteiligt sich nicht an diesem Krieg, wird aber bereits mit Sanktionen belegt und öffentlich beschuldigt.

Einige Stimmen aus der Unabhängigkeitsbewegung bezichtigen den russischen Präsidenten Wladimir Putin sogar des Verrats. Er würde zu wenig unternehmen, um den Kämpfern dort zu helfen. Ist an diesen Vorwürfen etwas dran?

Zarjow: Die derzeitige Politik Moskaus richtet sich gegen das Regime in Kiew. Aber russische Soldaten, wie der Westen immer behauptet, gibt es in den umkämpften Gebieten im Südosten der Ukraine nicht. Ich war in allen Städten dort, ich habe keine gesehen. Sicherlich gibt es einige russische Freiwillige, die die Unabhängigkeitsbewegung unterstützen.

„Die Hauptschwäche der EU ist die offene Flanke gegenüber der US-Außenpolitik.“

Westliche Medien und Politiker behaupten, die Anführer der Unabhängigkeitsbewegung im Süden und Osten der Ukraine strebten eine Quasi-Diktatur an, sie sträubten sich gegen das europäische Demokratiemodell...

Zarjow: Das ist Unsinn. Mir gefällt das europäische Modell sogar sehr gut. Wir waren zunächst auch nicht gegen, sondern sogar für mehr solche föderalen Elemente in der Ukraine. Das habe ich Ihnen ja bereits erklärt. Wir sehen sowohl die Stärken als auch die Schwächen des europäischen Modells. Über die Stärken könnten wir jetzt lange und ausgiebig sprechen, das wird ja auch gemacht. Aber dafür spricht man ungerne über die Schwächen.

Welche Schwächen meinen Sie?

Zarjow: Die Hauptschwäche ist die offene Flanke gegenüber der Außenpolitik Washingtons. Die EU steht vollständig unter dem Einfluß der USA. Daß man



Foto: Sergey Belous

Angehörige der lokalen Selbstverteidigungskräfte in der Ost-Ukraine: „Moskau beteiligt sich nicht an diesem Krieg.“

darüber so wenig öffentlich in Europa spricht, mag an den vielen US-Militärbasen und den US-freundlichen Massenmedien liegen. Letztendlich ist es ein wenig sonderbar: Die EU betreibt eine Politik, die Europa mehr schadet als nutzt. Das ist aber wirklich nicht neu, sondern hat seit langer Zeit Methode, daß die Europäer für fremde Interessen instrumentalisiert werden.

Das ist erklärungsbedürftig!

Zarjow: Ich nenne Ihnen zwei Beispiele aus dem letzten Jahrhundert: Im Ersten Weltkrieg haben beispielsweise Deutschland und Rußland gegeneinander Krieg geführt. Am Ende gingen jene Länder als überragende Sieger aus dem Konflikt hervor, die gar nicht auf dem europäischen Festland liegen und in denen gar kein Kriegsschauplatz war. Dann kam der Zweite Weltkrieg, wieder kämpften Deutschland und Rußland. Europa stand am Ende völlig zerstört da – vor allem aber Deutschland und Rußland. Und auch hier waren interessanterweise jene Staaten die überragenden Sieger, in denen keine Schlachten stattgefunden hatten. Bemerken Sie was?

Angenommen, Europa und Rußland ließen sich nicht so einfach auseinanderdividieren...

Zarjow: ...wäre das eine großartige Sache für beide! Wenn wir beispielsweise die deutsche und französische technologische Potenz barrierefrei mit den russischen Ressourcen zusammenbringen würden – stellen Sie sich das mal vor. Wenn wir beide großen Kulturen einander näherbringen würden! Rußland hat wie ganz Europa einen großen Beitrag zur Weltkultur geleistet. Sogar in den sicherlich nicht russophilen US-amerikanischen Literaturkritiken stammen vier von zehn Werken der Weltliteratur aus einer russischen Feder. Warum sollten wir teilen, was wir doch vereinen könnten? Vielleicht werden die anderen dadurch etwas verlieren, aber Europa und Rußland würden daraus nur Vorteile ziehen. Wir sollten gemeinsam kämpfen und Freunde bleiben. Das ist übrigens die größte Gefahr für das US-amerikanische Hegemonialprojekt: ein freundschaftliches eurasisches Bündnis von Lissabon bis Wladiwostok. Wir könnten dabei nur gewinnen!

Herr Zarjow, vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte ZUERSTI-Korrespondent Sergey Belous in Donezk.